

Zur Außenwahrnehmung der FPÖ: der Mediendiskurs in Frankreich, Israel und Schweden über die Nationalratswahlen und die Regierungsbildungen in den Jahren 1999/ 2000 und 2002/ 2003

Bärenreuter, Christoph; Hofer, Stephan; Obermaier, Andreas J.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bärenreuter, C., Hofer, S., & Obermaier, A. J. (2004). Zur Außenwahrnehmung der FPÖ: der Mediendiskurs in Frankreich, Israel und Schweden über die Nationalratswahlen und die Regierungsbildungen in den Jahren 1999/ 2000 und 2002/ 2003. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(3), 327-340. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60706>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Christoph Bärenreuter (Wien) / Stephan D. Hofer (München) / Andreas J. Obermaier (Bremen)

Zur Außenwahrnehmung der FPÖ: Der Mediendiskurs in Frankreich, Israel und Schweden über die Nationalratswahlen und die Regierungsbildungen in den Jahren 1999/2000 und 2002/2003*

Die Erfolge der FPÖ bei den Nationalratswahlen im Jahr 1999 und ihre anschließende Regierungsbeteiligung haben nicht nur in Österreich sondern auch international zu heftigen Reaktionen und Debatten geführt. Ein Element vieler dieser Debatten waren Bewertungen der FPÖ und ihres damaligen Vorsitzenden Jörg Haider sowie Versuche, Erklärungen für die Erfolge derselben zu finden. Der vorliegende Artikel analysiert und vergleicht mit Methoden der Kritischen Diskursanalyse die Mediendiskurse zu diesen Themen in Israel, Frankreich und Schweden. Darüber hinaus wird untersucht, ob bzw. wie sich die Verluste der FPÖ bei den NR-Wahlen im Jahr 2002 auf die Darstellung der FPÖ bzw. von Jörg Haider auswirkten und welche Veränderungen zum Untersuchungszeitraum 1999/2000 feststellbar waren. Einerseits divergieren die Wahrnehmungen über die FPÖ in den jeweiligen Ländern, andererseits lassen sich Gemeinsamkeiten feststellen, wie die Fokussierung der Berichterstattung auf Jörg Haider und Erklärungsversuche seiner Erfolge durch die österreichische Vergangenheitspolitik. Es zeigt sich, dass Unterschiede in den historischen und politischen Narrativen sowie den innenpolitischen Gegebenheiten in den untersuchten Ländern sich in den Diskursen zu Jörg Haider und der FPÖ widerspiegeln.

*Keywords: Außenwahrnehmung FPÖ, Frankreich, Israel, Schweden, Kritische Diskursanalyse
foreign perceptions of FPÖ, France, Israel, Sweden, critical discourse analysis*

1. Einleitung

Die Wahlen zum österreichischen Nationalrat im Oktober 1999 sowie die Regierungsbildung im Februar 2000 führten durch die hohen Stimmenzuwächse der Freiheitlichen Partei bzw. durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ sowohl in Österreich als auch international zu heftigen Debatten. Die Ankündigung der RegierungschefInnen der übrigen 14 Mitgliedsstaaten der EU, im Falle der Regierungsbeteiligung der FPÖ eine Reihe von diplomatischen Maßnahmen über die österreichische Regierung zu verhängen, heizte die Diskussion weiter an. Auch Staaten außerhalb der EU reagierten mit diplomatischen Maßnahmen auf die

Regierungsbildung. So berief beispielsweise Israel seinen Botschafter aus Wien ab.

Die diplomatischen Turbulenzen fanden in der internationalen Medienberichterstattung starken Widerhall. Im Zentrum standen dabei Fragen nach der Bewertung der FPÖ und ihres damaligen Vorsitzenden Jörg Haider, aber auch Diskussionen über die Legitimität der diplomatischen Maßnahmen gegen die österreichische Bundesregierung. Die Mediendiskurse des Februar 2000 stellen folglich ein ergiebiges empirisches Material für die Untersuchung der internationalen Wahrnehmung von Jörg Haider und der FPÖ dar.

Nachdem die FPÖ bei den Nationalratswahlen im Oktober 1999 mit 26,91% ihren größ-

ten Wahlerfolg erreicht hatte, verlor sie bei den darauf folgenden nächsten Wahlen zum Nationalrat am 24. November 2002 beinahe zwei Drittel ihrer WählerInnenschaft und fiel auf 10,01% der abgegebenen Stimmen. Um zu eruieren, welches Bild von Jörg Haider bzw. der FPÖ außerhalb Österreichs konstruiert wurde, sollen Mediendiskurse rund um die Nationalratswahlen und Regierungsbildungen in den Jahren 1999/2000 und 2002/2003 untersucht und miteinander verglichen werden. Dadurch soll auch die Frage beantwortet werden, ob bzw. wie sich das Bild der FPÖ und Jörg Haiders verändert hat.

In diesem Artikel werden Diskurse zur Einschätzung der FPÖ in französischen, israelischen und schwedischen Medien untersucht. Die Fallauswahl begründet sich sowohl aus der Entstehungsgeschichte¹ als auch aus dem Erkenntnisinteresse dieses Artikels. Zum einen sollen Diskurse in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) beleuchtet werden, die an den bilateralen Maßnahmen gegen die österreichische Bundesregierung beteiligt waren. Der Vergleich der Mediendiskurse in Frankreich und Schweden wird dabei zeigen, inwiefern sich die Debatten in einem Land, dessen Präsident und Premierminister als ausdrückliche Befürworter der sogenannten „Sanktionen“ galt (Frankreich) von einem anderen Land, in dem die Unterstützung der Maßnahmen innenpolitisch umstritten war (Schweden), unterscheiden. Darüber hinaus ist Frankreich von Interesse, da es seit Mitte der 1980er Jahre – ähnlich wie Österreich – starke Stimmenzuwächse extrem rechter Parteien verzeichnete. Schweden ist als Beispiel eines kleinen EU-Staates mit traditionell guten Beziehungen zu Österreich für diese Untersuchung von Interesse. Schließlich wurde Israel wegen dessen heftiger diplomatischer Reaktion und der zum Teil schwierigen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und Österreich ausgewählt (Embacher/Reiter 1998).

Da ein Teil der empirischen Daten, auf denen dieser Artikel basiert, sich aus Material zusammensetzt, das von den Autoren für drei unabhängig voneinander durchgeführte Studien gesammelt wurde (Bärenreuter 2002; Hofer 2002; Obermaier 2002), wurden unterschiedliche

Medien untersucht: in zwei Länderstudien werden Printmedien, in einem Land werden Radiomedien herangezogen. Im Falle Frankreichs greifen wir auf Sendungen der beiden öffentlich-rechtlichen Radiosender *France Inter* (FI) und *France Culture* (FC) zurück, während für die Länderstudien zu Israel und Schweden Tageszeitungen herangezogen werden. *France Inter* ist ein Radiosender für ein breites Publikum, der von Unterhaltung über Information bis zu Kultur sämtliche Themen abdeckt, während sich *France Culture* exklusiv mit kulturellen und politischen Themen befasst. Beide berücksichtigen ein breites politisches Spektrum (La Documentation française 1994, 80). Für die Untersuchung der israelischen Diskurse werden die drei größten Tageszeitungen *Jediot Achronot*, *Ma'ariv* und *Ha'aretz* herangezogen. *Ha'aretz* gilt als linksliberales Qualitätsblatt, während *Ma'ariv* und die größte Tageszeitung *Jediot Achronot* ein breites Mitte-rechts-Spektrum abdecken (Arian 1998, 367). Im Falle Schwedens wird die Berichterstattung des sozialdemokratischen Boulevard-Blattes *Aftonbladet* (AB), der liberalen Boulevardzeitung *Expressen* (EX), der liberalen Qualitätszeitung *Dagens Nyheter* (DN) und der konservativen Qualitätszeitung *Svenska Dagbladet* (SvD) herangezogen². Bei den israelischen Tageszeitungen greifen wir auf die von der österreichischen Botschaft in Tel Aviv bereitgestellten Übersetzungen ins Deutsche zurück. *Ha'aretz* erscheint zusätzlich in englischer Sprache, wodurch wir sowohl das englischsprachige Original, als auch die deutsche Übersetzung berücksichtigen können. Alle anderen Medien werden in der Originalsprache untersucht. Die untersuchten Zeiträume sind 1. bis 8. Oktober 1999 (NR-Wahlen), 27. Jänner bis 17. Februar 2000 (Regierungsbildung) sowie 22. bis 29. November 2002 (NR-Wahlen) und 26. Februar bis 5. März 2003 (Regierungsbildung).

Trotz dieser, auf den ersten Blick inhomogenen Medienauswahl, ist die Vergleichbarkeit der Medien aus mehreren Gründen gewährleistet: Zunächst handelt es sich bei allen untersuchten Medien um weit verbreitete „Mainstream-Medien“, die in ihrer Berichterstattung keine extremistischen Positionen vertreten und

allesamt im „gemäßigten“ politischen Spektrum (links-liberal/sozialdemokratisch bis rechts-liberal/konservativ) zu verorten sind. Darüber hinaus, ist durch die Medienauswahl gewährleistet, dass in allen Ländern diese unterschiedlichen politischen Positionen in der Analyse berücksichtigt werden. So werden für die beiden Fallstudien Israel und Schweden Tageszeitungen analysiert, die unterschiedliche redaktionelle Linien verfolgen. Im Fall der französischen Radiosender ist diese Breite in der politischen Berichterstattung dadurch gewährleistet, dass von den genannten Sendern über unterschiedliche Standpunkte berichtet wird bzw. VertreterInnen dieser Positionen in Sendungen eingeladen werden. Schließlich gehen wir davon aus, dass die Mediendiskurse in den jeweiligen Ländern in je spezifische nationale Diskursräume eingebettet sind, die beispielsweise von nationalen Geschichtskonstruktionen, dominanten politisch-ideologischen Narrativen, innenpolitischen Verhältnissen oder Identitätskonstruktionen beeinflusst werden (Pollak 2003, Kap. 7), nicht aber von den technischen Produktionsbedingungen.

Methode

Mit der Annahme, dass Diskurse von den sozialen, historischen und politischen Kontexten, in denen sie entstehen, geprägt sind, beziehen wir uns auf eine der Prämissen der Kritischen Diskursanalyse. Diese geht davon aus, dass Diskurse, wie etwa die Medienberichterstattung zu einem bestimmten Thema, in einem dialektischen Verhältnis zu den sozialen Kontexten, in denen sie stattfinden, stehen.

Einerseits formt und prägt der situationale, institutionelle und soziale Kontext den Diskurs, andererseits wirkt der Diskurs auf die soziale und gesellschaftliche Wirklichkeit formend zurück. Anders gesagt: Der Diskurs ist sowohl sozial konstitutiv als auch sozial bestimmt (Wodak et al. 1998, 42).

Die genaue Untersuchung des Verhältnisses zwischen Diskurs und sozialem Kontext ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich und würde u. a. eine umfangreiche Beschreibung des

Kontextes bedingen. Jedoch zeigt sich bei der Analyse der Texte deutlich, welche geschichtlichen und politischen Kontexte für die Bewertung von Jörg Haider bzw. der FPÖ als relevant erachtet wurden.

Entsprechend der Fragestellung liegt der Fokus bei der Analyse des empirischen Materials vor allem auf den Prädikationen (Wodak et al. 1990, 358), die verwendet wurden, um die FPÖ bzw. Jörg Haider zu bezeichnen. Prädikationen dienen der „Zuschreibung bestimmter Eigenschaften zu Personen und Personengruppen“ und können sprachlich auf unterschiedliche Arten realisiert werden (vgl. dazu etwa Reisigl/Wodak 2001, 54f). In der vorliegenden Studie wird der Schwerpunkt vor allem auf Attributionen (z. B. Adjektive – vor allem „ideologonyms“; *ibid.* 52), Vergleiche, Metaphern, Anspielungen und Konnotationen gelegt. Darüber hinaus werden auch die Argumente analysiert, mit denen der Auf- und Abstieg von Jörg Haider bzw. der FPÖ erklärt werden. Die Operationalisierung der Forschungsfrage erfolgt darauf aufbauend durch folgende „Coding questions“: Mit welchen Adjektiven wird die politische Haltung von Jörg Haider bzw. der FPÖ beschrieben? Welche weiteren Eigenschaften werden Jörg Haider bzw. der FPÖ zugeschrieben? Werden Jörg Haider bzw. die FPÖ als Gefahr dargestellt? Und wenn ja, für wen? Mit welchen Argumenten wird der Aufstieg und der „Fall“ der FPÖ bzw. von Jörg Haider begründet? Werden Bezüge zu historischen Ereignissen hergestellt? Falls ja, welche und zu welchem Zweck? Und schließlich: Welche Unterschiede gibt es in der Bewertung von Jörg Haider und der FPÖ zwischen den beiden Untersuchungszeiträumen 1999/2000 und 2002/2003?

2. Frankreich

In Frankreich war das auslösende Moment einer intensiven medialen Auseinandersetzung mit Österreich erst die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Februar 2000, nicht jedoch die Nationalratswahlen im Oktober 1999. Dieser intensiven Berichterstattung folgte ein rasches

Abflauen des Medieninteresses, an der auch die Nationalratswahlen 2002 und die anschließende erneute Regierungsbildung ÖVP/FPÖ nichts änderte.

„Wie soll man etwas verstehen, was man nicht einmal ausdrücken kann?“

Im französischen Mediendiskurs gibt es eine breite Palette von Einschätzungen zur Person Haider. Diese Vielfalt schlägt sich in den Bezeichnungen nieder, die mit Haider in Verbindung gebracht werden, beziehungsweise in den Eigenschaften, die ihm zugeschrieben werden. In der Radioberichterstattung wird beispielsweise vom „phénomène Haider“ (z.B. FC, 5. Februar 2000) gesprochen, Haider wird als „tribun populiste“ (FI, 4. Oktober 1999), „démagogue“ (FI, 7. Februar 2000) oder „sinistre personnage“ (FC, 4. Februar 2000) bezeichnet. Bei der Beschreibung Haiders werden sehr häufig seine Äußerungen, beispielsweise zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches“, zitiert und er selbst bzw. seine Politik als „populiste“, „xénophobe“, „antieuropéen“ und „nationaliste“ dargestellt (vgl. z.B. FI und FC, 2. Februar 2000 oder FC, 4. Oktober 1999). Die Einordnung der FPÖ in die österreichische Parteienlandschaft ist ein umstrittenes Thema. In der Radioberichterstattung wird die FPÖ vorwiegend als „parti d’extrême-droite“ (extrem rechte Partei) bezeichnet, oft mit verschiedenen Attributen ergänzt, beispielsweise „populiste“ oder „raciste“. Trotzdem gibt es zahlreiche alternative Bezeichnungen, wie etwa „parti national-populiste“, „parti de la liberté“ (Freiheitspartei) oder „parti libéral“ (liberale Partei). In diesen teils sehr unterschiedlichen Bezeichnungen äußert sich ein generelles Übersetzungsproblem, das von Jacques Le Rider auf den Punkt gebracht wird:

Problèmes de vocabulaire: on disait encore tout récemment ‘parti libéral’ pour parler du FPÖ. Contresens, évidemment. Maintenant on dit ‘national-populiste’. Mais on disait naguère ‘populiste’ pour traduire *Volkspartei* dans ÖVP. En français, le vocabulaire manque pour rendre les réalités autrichiennes. Comment comprendre ce qu’on n’arrive même pas à exprimer?³

Ein gutes Beispiel für das Vokabularproblem bezüglich der FPÖ liefert eine Radiodiskussion auf *France Culture* vom 2. Februar 2000 mit Danny Leder als Teilnehmer, dem damaligen Korrespondenten der österreichischen Tageszeitung *Kurier* in Paris. Auch Leder artikuliert in dieser Sendung Probleme mit der Definition bzw. der Übersetzung der FPÖ ins Französische. Bemerkenswert ist diese Problematik insofern, als die französischen Medien seit 1986 auf eine lange Beschäftigung mit Haider und der FPÖ zurückblicken können (Luger-Dallinger 2000). Trotzdem hat sich im französischen Diskurs bisher keine der Bezeichnungen für die FPÖ durchgesetzt.

Eine weitere wichtige Beobachtung, die sich aus der Analyse der Radioberichterstattung ergibt, ist die Verknüpfung der FPÖ mit Haider. Die mit Abstand häufigste Bezeichnung ist „le parti de Jörg Haider“ (die Partei von Jörg Haider). Hier ist zu bemerken, dass diese Verknüpfung nicht nur fast immer gemacht wird, sondern dass darauf auch bestanden wird. Wenn dies nämlich nicht der Fall ist, wird prompt auf den Zusammenhang der beiden hingewiesen. Das Beispiel eines Radiomagazins mit Telefonbeteiligung soll das verdeutlichen:

Jean-Paul (Anrufer): „... la FPÖ il y a, ça rassemble pas mal de gens d’origine diverses, on veut les, les démoniser, alors c’est vrai qu’il y a, parmi des électeurs de la FPÖ, de, de vrais, nazis, des nostalgiques du nazisme ...“

Moderator (unterbricht Jean-Paul): „Oui, vous parlez du parti de Jörg Haider“.

Jean-Paul: „Du parti de Jörg Haider, oui ...“⁴

Diese Stelle ist einer Diskussion mit ZuhörerInnenbeteiligung entnommen. Ein Anrufer namens Jean-Paul versucht einen Kommentar zur FPÖ zu machen. Nach zweimaliger Erwähnung der FPÖ unterbricht ihn der Moderator und verdeutlicht für die ZuhörerInnen noch einmal, was unter der FPÖ zu verstehen ist: nämlich die Partei von Jörg Haider. Diese enge Verbindung der FPÖ mit der Person Haider ändert sich im ganzen Untersuchungszeitraum nicht, selbst als Haider nicht mehr Obmann der Partei ist. Ab dem Zeitpunkt seines Rücktritts wird entweder auf umständliche Formulierungen wie „l’ex-parti de Monsieur Haider“ (Herrn Haiders

Ex-Partei) ausgewichen, oder er wird als „chef tutélaire“ (Vormund), „homme fort“ (starker Mann) (FC, 25. November 2002) bezeichnet oder aber es bleibt ganz einfach bei: „le FPÖ de Jörg Haider“.

Jeder/jede hat einen Haider

Eine französische Besonderheit im Umgang mit der FPÖ ist die Tatsache, dass es mit dem *Front National* (FN) eine politische Partei gibt, mit der die Freiheitliche Partei immer wieder verglichen wird. Gleiches gilt für den Vorsitzenden des FN, Jean-Marie Le Pen, und Jörg Haider. Bezeichnenderweise werden unmittelbar nach dem Wahlerfolg Le Pen und Bruno Mégret (Vorsitzender des FN-Ablegers *Mouvement National Républicain*) zitiert, die als einzige den Erfolg der FPÖ sehr positiv aufnehmen (FI, 4. Oktober 1999). In vielen Radiobeiträgen werden Parallelen zwischen der FPÖ und dem FN gezogen. In eine Vielzahl dieser Beiträge fließt darüber hinaus die Einschätzung ein, dass das Phänomen extrem rechter Parteien ein gesamteuropäisches Problem darstellt. Frankreich bleibt darin nicht der einzige Vergleichsfall. Auch auf andere europäische Staaten mit ähnlichen politischen Formationen wird verwiesen. Ein Journalist von *France Inter*, Dominique Bromberger, meint stellvertretend dafür in einer Radiosendung: „tout le monde ou presque a un Haider chez soi ou pourrait en avoir un“ (jeder oder fast jeder hat einen Haider bei sich oder könnte einen haben, FI, 2. Februar 2000). Der FN als Folie für die FPÖ trägt dazu bei, dass die Freiheitlichen ebenfalls als extrem rechts stehende Partei betrachtet werden.

Die Gefahr der „Verhaiderung“

In der Radioberichterstattung wird Haider immer wieder als Gefahr, etwa für die Demokratie im Allgemeinen, angesehen (FI, 2. Februar 2000). Eine „Haidérisation“ Österreichs wird befürchtet, aber auch in Deutschland mit dem Hinweis auf die damalige Krise der CDU für möglich gehalten (z.B. FI, 5. Februar 2000). Weiters werden die FPÖ und Jörg Haider im

Zusammenhang mit der Europäischen Union und ihrer Erweiterung als Gefahr wahrgenommen. In der Radioberichterstattung gibt es zahlreiche Beispiele für die Möglichkeit eines Übergreifens, einer „Ansteckung“ anderer europäischer Staaten durch das österreichische Beispiel der Beteiligung einer extrem rechts stehenden Partei an der Regierung. Die Sprecherin eines Nachrichtenbeitrages bringt diese vorherrschende Haltung folgendermaßen auf den Punkt: „(...) l'Autriche, un très mauvais exemple au cœur de l'Europe!“ (Österreich, ein sehr schlechtes Beispiel im Herzen Europas!, FI, 5. Februar 2000).

Verschiedene Erklärungsansätze für den Aufstieg der FPÖ

Sowohl auf *France Inter* als auch auf *France Culture* werden als zwei der Hauptursachen für den Aufstieg der FPÖ die große Koalition sowie das „Proporzsystem“ identifiziert. Dabei wird nicht nur das System im Allgemeinen kritisiert, etwa die proportionelle Aufteilung von Posten, sondern im Speziellen die beteiligten Parteien ÖVP und SPÖ, denen maßgeblich die Schuld am Aufstieg der FPÖ gegeben wird (z.B. FI, 6. Februar 2000). Es ist die Rede von einem paralysierten, „sklerotischen“ politischen System. Dabei wird auch die Strategie der Ironisierung angewendet. So lässt etwa der Moderator in einer Sendung am 25. November 2002 auf *France Culture* eine Reihe von Personen zur politischen Lage in Österreich zu Wort kommen. Dabei ironisiert er die innenpolitische Situation in Österreich, indem er „au nom du proporz“ zwischen den unterschiedlichen Standpunkten einen Ausgleich zu schaffen versucht.

Ein Gegendiskurs zu jenem vom „kaputten“ österreichischen politischen System ist kaum wahrnehmbar. Lediglich Danny Leder versucht am 2. Februar 2000 auf *France Culture* einen solchen zu führen. Er schließt sich zwar der Mehrheitsmeinung an und kritisiert das österreichische politische System, verteidigt aber gleichzeitig die Parteien der großen Koalition. Leder argumentiert, dass die FPÖ und Haider ein Bild vermitteln würden, als wäre Österreich eine Art „halb-kommunistische Dik-

tatur“ gewesen und warnt davor, diese Diktion unreflektiert in den französischen Diskurs zu übernehmen.

Nicht nur das politische System, auch die mangelhafte „Erinnerungsarbeit“ in Österreich wird mit dem Aufstieg der FPÖ in Verbindung gebracht. Der österreichische Staat habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg als erstes Opfer Nazideutschlands dargestellt, „Haider joue avec un démon qui est mal endormi dans la société autrichienne“ (Haider spielt mit einem Dämon, der in der österreichischen Gesellschaft kaum eingeschlafen ist, FI, 3. Februar 2000).

Der Niedergang der FPÖ

Wie wird nun der drastische Stimmenrückgang der FPÖ bewertet? Dazu gibt es eine ambivalente Haltung. Auf der einen Seite wird der Absturz der FPÖ bei den Wahlen gutgeheißen und dabei hauptsächlich Jörg Haider zugeschrieben, etwa seinem Besuch bei Saddam Hussein oder seiner Kritik an den eigenen Regierungsmitgliedern. Auf der anderen Seite wird häufig darauf hingewiesen, dass in Österreich eine „Haidérisation des esprits“ (Verhaiderung des Denkens) analog zur französischen „Lepénisation des esprits“ sowie eine „droitisation des mentalités“ (mentaler Rechtsruck) stattgefunden habe (FC, 25. November 2002). Diese veränderte Haltung wird vor allem der ÖVP zugeschrieben, die als klassische rechtskonservative Partei ihre Sprache verschärft habe, vor allem in Immigrationsfragen, und so einen Teil der WählerInnenschaft der FPÖ vereinnahmen konnte.

Parallel zur grundsätzlich wohlwollenden Zustimmung zum elektoralen Niedergang wird darauf hingewiesen, dass die Regierungsbeteiligung ein „*pari risqué*“ (riskantes Unterfangen) (FC, 25. November 2002) war. Diesem Risiko wird der französische Umgang mit der extremen Rechten, nämlich „*union et fermeté*“ (Einheit und Geschlossenheit), entgegengehalten (FC, 25. November 2002). Ein politischer Kommentator, Alexandre Adler, bringt die gedämpft zufriedene, aber keineswegs jubelnde Erleichterung stellvertretend für andere folgendermaßen zum Ausdruck: „*l'essentiel est*

quand même que les voyous soient battus et c'est le cas“ (das Entscheidende ist doch, dass die Strolche geschlagen sind und das ist der Fall, FC, 25. November 2002).

3. Israel

Stärker als im öffentlichen Diskurs in Frankreich konzentrierten sich Erklärungsversuche für den Aufstieg der FPÖ in Israel auf Österreichs Vergangenheit im Nationalsozialismus. Während die Person Jörg Haider im medialen Mittelpunkt stand, fand eine Auseinandersetzung mit der politischen Konstellation in Österreich nur selten statt. Wie der Aufstieg der FPÖ erklärt wurde, hing von der Beurteilung der „Natur der FPÖ“ ab. Der elektorale Abstieg fand nur geringen Widerhall in den israelischen Tageszeitungen.

„Geistiger Erbe Hitlers“

Israelische Medien beschäftigen sich fast ausschließlich mit israelischen Themen, dem Nahen Osten und jüdischen Fragen der Diaspora (Hofer 2002, 101). Umso bemerkenswerter ist die mediale Präsenz, die der Aufstieg der FPÖ und die Bildung der Regierung in den israelischen Tageszeitungen einnahmen. Haider war im politischen Diskurs in Israel im Oktober 1999 kein Unbekannter mehr. „Wenn Österreich je in israelischen Medien aufscheint“, stellen Embacher/Reiter fest (1998, 285), „so meist in Zusammenhang mit dem rasanten Aufstieg der FPÖ und der Person Jörg Haider“. Der „zweite Hitler“ (ibid.) bedurfte daher nach seinem Wahlerfolg keiner expliziten Vorstellung mehr: „Haider ist wegen seiner Bemerkungen bekannt, in denen er die Schrecken der Naziverbrechen bagatellisiert“ schreibt etwa *Ha'aretz* (1. Februar 2000), während *Jediot Achronot* auf Haiders „neo-nazistische Einstellungen“ und seine „Sympathien für die Nazis“ hinweist (23. Jänner 2000). Die verwendeten Prädikationen für die Bezeichnung Jörg Haiders unterscheiden sich dabei kaum zwischen den drei größten israelischen Tageszeitungen. Haider gilt als „nationalistischer oder rassistischer Anführer“, als

„Chef der extremen Rechten“, als „geistiger Erbe Hitlers“, als „Hitlers Enkel“, oder schlicht als „Neo-Nazi“ (vgl. *Ha'aretz*, *Ma'ariv* und *Jediot* vom 4. Oktober 1999). Ebenso wie in Frankreich richtet sich auch in Israel die Aufmerksamkeit nicht auf die FPÖ an sich, sondern auf Jörg Haider. Die „Freiheitspartei“ (Miflagat Hacherut) wird dabei häufig in Verbindung mit den Attributen „rechtsextrem“ oder „neo-nazistisch“ gesetzt.

In der Ablehnung der Politik Haiders und der FPÖ ist ein Konsens im israelischen politischen System festzustellen, der auf parlamentarischer Ebene sowohl jüdische als auch arabische Parteien umfasst. Diese Einigkeit findet in einem offenen Brief an Premierminister Ehud Barak und Außenminister David Levy ihren Ausdruck, der von VertreterInnen fast aller in der Knesset vertretenen Parteien unterzeichnet wurde. In dem Brief wird der Abzug des israelischen Botschafters im Falle einer Regierungsbeteiligung von Jörg Haider gefordert (*Ma'ariv*, 27. Jänner 2000). Bei der Ausformung dieser Ablehnung auf der Ebene der Mediendiskurse lassen sich bei genauerer Betrachtung zwei Diskursstränge feststellen: Ein „universalistischer“ Diskurs, der Haiders Rassismus verurteilt, dieses „Phänomen Haider“ (Wodak/Pelinka 2002) allerdings nicht als spezifisch österreichisches Produkt bewertet, sondern es als eine Ausformung eines universalen Problems des Rassismus sieht. Sowie ein hegemonialer „partikularistischer“ Diskurs, der das Besondere des Aufstiegs von Jörg Haider in einem Land mit NS-Vergangenheit herausstreicht.

Typisch für den ersten Diskursstrang ist eine Analyse des bekannten israelischen Publizisten Tom Segev in *Ha'aretz* am Tag vor der Regierungsbildung (3. Februar 2000). Segev verurteilt darin das politische Programm der FPÖ ebenso wie den „politischen Stil“ Jörg Haiders. Allerdings stellt Segev Ähnlichkeiten zwischen der Politik der FPÖ und israelischen Parteien des rechten politischen Spektrums fest. Nicht Haiders Antisemitismus sei das Problem, argumentiert Segev, sondern dessen Rassismus, und diesen sieht er auch in einigen israelischen Parteien und deren Politik den AraberInnen gegenüber.

Für den überwiegenden Teil der israelischen Zeitungsberichterstattung stellt Haider allerdings einen „typisch österreichischen“ Antisemiten dar, dessen Sympathien noch immer der Politik Hitlers gelten. „Jeder vierte Österreicher hat einen Neo-Nazi als Bundeskanzler gewählt“, titelt *Jediot Achronot* am Tag nach der Wahl (4. Oktober 1999). Auch in *Ma'ariv* und *Ha'aretz* finden sich etliche Berichte über Haiders Geschichtsbild, über die elterliche NSDAP-Mitgliedschaft und seine Bewunderung für die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ der Nazis (z.B. *Ma'ariv* am 3. Februar 2000 oder *Ha'aretz* am 14. Februar 2000). Der Aufstieg Haiders wird in dieser Argumentation mit der österreichischen Nachkriegsgeschichte und der Kontinuität des Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft erklärt.

„Der Preis der Lüge“

Entsprechend der Unterscheidung der Bewertung Haiders und der FPÖ fallen auch die Begründungen für deren Erfolg unterschiedlich aus. Die universalistische Minderheitsposition begründet Haiders Aufstieg mit der verkrusteten österreichischen Politik nach Jahren der großen Koalition und der populistischen Fähigkeit Haiders, die Unsicherheit der Bevölkerung mit rassistischen Parolen für seine politischen Ziele auszunutzen (*Ha'aretz*, 3. Februar 2000).

Für die partikularistische Position kann Haiders Aufstieg nicht erklärt werden, ohne auf die Besonderheiten der österreichischen Geschichte einzugehen. Stellvertretend für diesen Diskursstrang sei das Editorial von *Ha'aretz* zwei Tage nach der NR-Wahl 1999 genannt.

There is apparently no explanation for Haider's success – there is no economic recession in Austria, and unemployment is very low – apart from the melancholy fact that, as a political scientist in Vienna put it: “He says what many in Austria think (...) They are aware that he is not ‘politically correct’. But neither are they”. While others in the international community may make do, at this stage, with expressing their revulsion at the political winds that are blowing in Austria, without doing anything liable to be construed as intervention in Austria's internal affairs, it is doubtful that Israel is at liberty to enjoy that kind of convenient choice. It is the moral and

historical duty of the Jewish state to make it clear already now that it will not be able to carry on as though nothing has happened in view of the possibility that the neo-Nazis will rise to the status of a ruling party in a state that was part of the core of the Nazi Reich itself (*Ha'aretz*, 5. Oktober 1999).

Diese Argumentation wird von der überwiegenden Mehrzahl der Zeitungsartikel im Untersuchungszeitraum vertreten. Die „lügnerische Version der Geschichte“, die in Österreich nach wie vor vorhanden sei und die das Land als erstes Opfer Nazideutschlands begreife, ist in dieser Position zentral für das Verständnis des Aufstiegs des „Neo-Nazis“ Haider (*Jediot*, 4. Oktober 1999). Mit dieser politischen Entwicklung zahle Österreich den „Preis der Lüge“ (*ibid.*). Es sei der „böse österreichische Geist“, der „Geist des Fremdenhasses und der heimlichen Sehnsucht nach der faschistischen Vergangenheit“, der aus der „Verdrängung und Ablehnung“ der Geschichte resultieren würde (*Ma'ariv*, 5. Oktober 1999). Ein Drittel der ÖsterreicherInnen hätte bei dieser Wahl bewiesen, dass der österreichische Antisemitismus eine beständige Größe sei und hätte „nicht gezögert, in die Ecke der Geschichte zu spucken“, so ein Artikel in *Jediot Achronot* (5. Oktober 1999). Die Begründung für den Aufstieg der FPÖ wird in dieser Argumentation daher nicht im politischen System, sondern vielmehr im als beständig wahrgenommenen Antisemitismus in Österreich gesucht. Nicht trotz, sondern wegen seiner geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Aussagen wurde Haider von beinahe einem Drittel der österreichischen WählerInnen gewählt, so die Argumentation.

Haider als Gefahr

Welche Gefahren von der FPÖ ausgehen, wird vom universalistischen und partikularistischen Diskursstrang jeweils unterschiedlich bewertet. Der universalistische Diskurs weist auf die Gefahren von rassistischer Politik durch rechtspopulistische Parteien in Europa hin. Mit dem Regierungseintritt der FPÖ sei ein Präzedenzfall geschaffen worden, der weitere Regierungsbeteiligungen legitimieren könnte (*Ha'aretz*, 2. Februar 2000). Der partikularisti-

sche Diskurs weist auf Parallelen zum Deutschland der 1930er Jahre hin und warnt vor einem Wiedererstarken eines gewaltsamen Faschismus. „Neo-Nazis“ in der Regierung eines Landes, das zum „Kern des Nazi-Reiches“ gehörte, wären ein Grund zur Sorge, vor allem für die österreichischen Jüdinnen und Juden. Haiders ausländerInnenfeindliche Agitation könnte sich „unter gewissen Umständen auch gegen sie wenden“, warnt etwa *Ma'ariv* (5. Oktober 1999). Berichte über antisemitisch motivierte Vorfälle in Österreich, etwa Drohungen gegen die israelische Botschaft in Wien, verstärken den Eindruck eines virulenten Antisemitismus in Österreich (*Jediot*, 8. Februar 2000).

Leiser Abstieg

Im Gegensatz zum enormen Medienecho, das den Aufstieg Haiders und die Regierungsbeteiligung der FPÖ in den israelischen Medien begleitet hat, wird über die Verluste der FPÖ bei den Nationalratswahlen 2002 vergleichsweise wenig berichtet. Die FPÖ wird nach wie vor als „Haiders Partei“ oder „extrem rechte Freiheitspartei von Jörg Haider“ bezeichnet (*Jediot* bzw. *Ha'aretz* und *Ma'ariv*, 25. November 2002). Attribute wie „neonazistisch“ fehlen allerdings diesmal in den Definitionen Haiders. Er wird in den Zeitungen als „extrem rechter Anführer“, als „starker Mann“ oder einfach als „österreichischer Politiker“ bezeichnet. Kein Zweifel besteht bei israelischen KommentatorInnen allerdings darin, dass „der Schatten Haiders“ nach wie vor über der Politik der „Freiheitspartei“ läge und die FPÖ-RegierungsvertreterInnen ihm absolut hörig seien (*Ha'aretz*, 10. März 2003).

Die wenigen Begründungen, die sich in den israelischen Tageszeitungen für den Abstieg der FPÖ finden lassen, verwenden unterschiedliche Argumente. „Die Ergebnisse haben gezeigt“, begründet *Ma'ariv* (25. November 2002) die Verluste der FPÖ, „dass wenigstens jetzt die Österreicher die Reden Haiders gegen Fremde und Einwanderer (...) satt haben“. Im Gegensatz dazu sieht *Ha'aretz* (10. März 2003) eine Ursache für den Abstieg der FPÖ darin, dass

Europa als Ganzes politisch nach Rechts gerückt sei, populistische oder post-faschistische Parteien in europäischen Regierungen mittlerweile akzeptiert seien, dadurch allerdings weniger ProtestwählerInnen anziehen könnten. Neben Erleichterung ob der Stimmenverluste der FPÖ ist vor allem aber mediales Desinteresse an der Situation in Österreich erkennbar. In Zeiten, in denen die Aufmerksamkeit der israelischen Medien auf den palästinensischen Terrorismus fokussiert ist, schaffen es Berichte über die politische Situation eines kleinen europäischen Landes nur schwer in die israelischen Tageszeitungen.

4. Schweden

Bereits die Nationalratswahlen im Oktober 1999 wurden in Schweden mit großem Medieninteresse verfolgt. Da zu diesem Zeitpunkt die Beteiligung der FPÖ an der österreichischen Bundesregierung noch nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit stand, konzentrierte sich die mediale Debatte zum überwiegenden Teil auf die Bewertung von Jörg Haider bzw. der FPÖ sowie auf Erklärungsversuche für deren Erfolg bei den Nationalratswahlen. Auch im Jänner und Februar wurden diese Fragen weiter heftig diskutiert, obwohl in diesem Zeitraum auch darüber hinausgehende Debatten stattfanden – wie etwa über die Legitimität der diplomatischen Maßnahmen der anderen EU-Staaten oder Diskussionen über das Vorgehen der schwedischen Regierung in dieser Causa.

Darstellung Haiders

Ein generelles Charakteristikum der Berichterstattung ist, dass die FPÖ als Partei selten im Zentrum steht. Vielmehr konzentrieren sich die vier untersuchten Medien auf die Person Jörg Haiders, auf seine Politik und Rolle innerhalb der Freiheitlichen Partei. Das Bild, das sich dabei abzeichnet, ist einerseits durch häufig vorkommende Verweise auf Haiders Aussagen zur „ordentlichen Beschäftigungspolitik im 3. Reich“ oder seine anerkennenden Worte für SS-Veteranen gekennzeichnet. Immer

wieder wird Jörg Haider mit Adjektiven wie „rechtsextrem“, „rechtspopulistisch“ und „einwandererfeindlich“ beschrieben. Auch wird sehr häufig darauf verwiesen, dass seine Eltern „aktive Nazis“ (EX, 2. Februar 2000) gewesen seien. Andererseits wird betont, dass es sich bei Haider nicht um einen „gewöhnlichen Rechts-extremisten“ handle, sondern er vielmehr ein „sportlicher“, „solarienbrauner“, „charmanter“ „Populist“, „Yuppie“, „Demagoge“ und „moderner Vermarktungs-Profi“ (EX, 2. Februar 2000) sei. Diese unterschiedlichen Charakterisierungen finden sich in vielen Fällen in ein und demselben Artikel, wodurch das Bild eines vielgestaltigen, modernen und populistischen Jörg Haider, dessen ideologische Wurzeln im Nazismus seiner Eltern liegen, gezeichnet wird. In kompakter Form findet sich dieses Argument etwa in *Aftonbladet* vom 28. Jänner 2000:

Jörg Haider hat ein gewinnendes Aussehen mit einer kleidsamen Rund-ums-Jahr-Sonnenbräune (åretruntsolbränna) und ist ein begeisterter Bergkletterer und Marathonläufer. (...) Am besten macht er sich in jodel-schreierischen (joddelskräniga) Bierzelten, wo sich vor allem junge Österreicher vom populistischen Demagogen verführen lassen, der ungeniert davon spricht, die Einwanderung zu stoppen und ehemalige SS-Mitglieder lobpreist. Die rechtsextremen Argumente wurden ihm bereits zu Hause in Bad Goisern am Küchentisch von seinen Eltern, die überzeugte Nazis waren, serviert.⁵

Auch in einem Artikel in *Dagens Nyheter* wird die Vielschichtigkeit der Darstellung von Jörg Haider deutlich. Ein „Portrait“ Jörg Haiders vom 4. Februar 2000 beginnt etwa mit den Worten: „Jörg Haider ist kein Nazi“. Und etwas später im Text, nachdem unter anderem wiederum auf seine Bezeichnung von Konzentrationslagern als „Straflager“ eingegangen wird, heißt es: „Aber im Parteiprogramm findet sich alles mögliche. Höhere Sozialleistungen und niedrigere Steuern, Privatisierungen und mehr Unterstützung für die Landwirtschaft“. Auch wird Haider erneut als „junger, charismatischer Sportsmann in poppiger Kleidung“ bezeichnet, dessen Eltern „begeisterte Nazis“ gewesen seien. Während häufig die Darstellung als „Rechtsextremer“ oder „Ausländerfeind“ mit seiner

Charakterisierung als moderner Populist kontrastiert und somit in gewissem Ausmaß relativiert wird, wird in *Expressen* eine andere Strategie verfolgt, wie sich exemplarisch in einem Artikel vom 2. Februar 2000 zeigt. Zwar wird auch hier betont, dass Haider „kein vulgärer Rechtsextremist“ sei und vielmehr über den „Charme eines Schlager-Sängers der Politik“ (politikens dansbandcharmör) verfüge. Nach Verweisen auf Haiders „Nazi-Nostalgie“ wird die Metapher des „Schlager-Charmeurs“ wieder aufgenommen und die Möglichkeit, dass Haiders Aussagen lediglich der Stimmenmaximierung dienen, angesprochen. „Vielleicht ging es dabei nur darum, in der braunen Brühe nach Stimmen zu fischen. Das ist schwierig zu sagen. Glaubt der Schlager-Sänger selbst an seine Texte?“

Die Schlussfolgerung die daraus gezogen wird, ist jedoch nicht etwa, dass Jörg Haider nicht gefährlich sei. Im Gegenteil. Der Artikel schließt mit den Worten: „Fremdenfeindlichkeit im Viervierteltakt. Faschismus light. Absolut Austria. Leichtverdaulich und leicht verkäuflich. Deswegen ist er gefährlicher als die gewöhnlichen rasierten Schreihälse“ (EX, 2. Februar 2000; ganz ähnlich auch in EX, 3. Februar 2000).

Schwarz-Rot als Grundlage für den Erfolg Haiders

Ein Erklärungsmuster für den Aufstieg der Freiheitlichen, das in allen vier untersuchten Zeitungen gefunden werden kann, ist der Hinweis auf innenpolitische Faktoren. Zentral hierfür ist der Verweis auf die langanhaltenden großen Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP, die als Ursache für eine Unzufriedenheit der österreichischen Bevölkerung mit dem politischen System betrachtet werden. Worin genau die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den großen Koalitionen begründet liegt, wird auf unterschiedliche Arten erklärt. Eine Erklärung läuft auf die Korrumpierung des Machtsystems hinaus. Breiter Raum wird diesem Argument beispielsweise in einem Artikel von *Dagens Nyheter* vom 4. Oktober 1999 eingeräumt. Darin heißt es:

In den letzten 13 Jahren hat eine ‚große Koalition‘ aus Sozialdemokraten und ÖVP das Land regiert. (...) Das Risiko [einer fortgesetzten großen Koalition, Anm. d. A.] besteht darin, dass die Kritik der Freiheitlichen an der Freundschaftskorruption in der österreichischen Politik weiteren Brennstoff erhält. Schon seit 1945 haben die Sozialdemokraten und die Konservativen die wichtigen Posten auf allen Ebenen der Gesellschaft aufgeteilt. (...) Das System, das in Österreich ‚Proporz‘ genannt wird, hat immer mehr unzufrieden gemacht und zu Haiders Erfolgen beigetragen.

Die in diesem Zitat angesprochene Formulierung der „Freundschaftskorruption“ (vänskapskorruption) findet sich in ähnlicher Weise auch in einem Leitartikel von *Aftonbladet* vom 4. Oktober 1999. Dort heißt es unter der Zwischenüberschrift „Die Macht wurde korrumpiert“:

Die lange Zeit des Einvernehmens zwischen Rechts und Links ist auch eine Erklärung für die Unzufriedenheit. Dreizehn Jahre der Koalition zwischen den Sozialdemokraten und den Konservativen haben die Macht korrumpiert. Die zwei politischen Widersacher haben alles untereinander ausgemacht und die politischen Posten und Ernennungen von Beamten verteilt.

Auch in *Svenska Dagbladet* wird dieses Argument eingesetzt. So zum Beispiel in einem Artikel vom 2. Februar 2000, in dem es heißt: „Viele Wähler sind der Ansicht, dass die regierenden Politiker die Gesellschaft in Beschlag nehmen und ihre Macht für eigene Zwecke missbrauchen“.

Eine weitere Variante des Arguments, dass die großen Koalitionen zu einer Unzufriedenheit der österreichischen Bevölkerung geführt hätten, postuliert, dass durch die jahrelangen Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP die Einforderung von Verantwortung (ansvarsutkrävande) der politischen Parteien bzw. die Beeinflussung der Politik durch Wahlen verunmöglicht wurde. Ein typisches Beispiel für dieses Argument findet sich in einem Artikel in *Expressen* vom 3. Oktober 1999. Darin heißt es:

„Haiders Erfolge bei den heutigen Wahlen haben mehr mit der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Rechts-Links-Regierung zu tun als mit einem den Österreichern innewohnenden Rechtsextremismus.“

Das gemeinsame Regieren der letzten 13 Jahre hat die Einforderung der demokratischen Verantwortung verunmöglicht und die Macht korrumpiert.

In *Aftonbladet* vom 3. Februar heißt es:

„Haiders herausragendstes Kennzeichen ist jedoch, dass er als Outsider gilt. Jemand, der die versteinerte Demokratie in der die Sozialdemokraten und die Konservativen die Macht und attraktive Jobs untereinander aufteilten, aufbrechen kann“ (vgl. dazu auch DN, 3. Oktober 1999; 27. Jänner 2000; EX, 27. Jänner 2000).

Österreich und seine Vergangenheit

Auch Österreichs Umgang mit der Geschichte des 2. Weltkrieges und den (ehemaligen) NationalsozialistInnen nach 1945 wird mehrfach als Erklärung für den Aufstieg der FPÖ und von Jörg Haider verwendet. Dieses Argument taucht erst in den Diskussionen im Jänner und Februar des Jahres 2000 auf, während es in der Medienberichterstattung nach den Nationalratswahlen im Oktober 1999 noch fehlt. In allen Zeitungen, bis auf *Svenska Dagbladet*, finden sich Artikel, in denen diese Argumentationslinie von zentraler Bedeutung ist. In *Dagens Nyheter* vom 5. Februar 2000 heißt es z. B.:

Die Ursachen für Haiders Wahlerfolge sind vielseitig, und sind in der Geschichte Österreichs zu suchen. Österreichs Regierung hatte 1970 vier Minister, die alle ehemalige Nazis waren. (...) Die österreichische Einstellung nach dem 2. Weltkrieg war, die Menschen, die vom Nazismus ‚verführt‘ wurden, zu rehabilitieren, ihnen eine Chance zu geben, in die demokratische Gesellschaft wieder einzutreten. Die Ex-Nazis wurden sowohl in der Sozialdemokratie als auch in Österreichs zweiter großer Partei, der konservativen ÖVP, aufgenommen. Das Ziel mag lobenswert erscheinen. Das Problem war, dass es in aller Stille angestrebt wurde, ohne offene Diskussion.

In diesem Artikel wird überdies darauf hingewiesen, dass „die nazistischen Gewerkschaften in der Sozialdemokratie weiterlebten und aufgenommen wurden“, dass „große Teile der Industrie von ehemaligen Nazis gegründet wurden“ und dass in Österreich der „Mythos“, das „erste Opfer des Nazismus“ gewesen zu sein,

gepflegt wurde. Dieser Artikel ist durch seine relativ umfangreiche Thematisierung der österreichischen Vergangenheit insofern untypisch, als in anderen Artikeln dieses Thema meist nur kurz erwähnt wird (vgl. dazu etwa AB, 3. Februar 2000; EX, 27. Jänner 2000).

Haiders Abstieg

Der Verlust von beinahe zwei Dritteln der WählerInnenstimmen der FPÖ bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 wird in allen vier untersuchten Zeitungen berichtet und kommentiert. Das Ausmaß der Berichterstattung ist jedoch, verglichen mit den NR-Wahlen und der Regierungsbildung in den Jahren 1999/2000, deutlich geringer. Die Regierungsbildung im Februar 2003 erregt in noch geringerem Ausmaß als die NR-Wahlen das Interesse der untersuchten Zeitungen und beschränkt sich hauptsächlich auf die faktische Wiedergabe der Ereignisse. Im Wesentlichen wird der Abstieg der FPÖ als Folge ihrer Regierungsbeteiligung gesehen, wobei die FPÖ wiederum mit Jörg Haider gleichgesetzt wird. Einem wiederkehrenden Argument zufolge, das nur in *Svenska Dagbladet* nicht verwendet wird, beruht der Abstieg Jörg Haiders vor allem darauf, dass er keines seiner Versprechen halten konnte (AB 24. November 2002; DN, 26. November 2002; EX, 23. November 2002 sowie 25. November 2002). Auch wird immer wieder auf den Besuch bei Saddam Hussein verwiesen, der, so die Interpretation der Zeitungen, bei den WählerInnen auf Ablehnung gestoßen sei (DN, 22. November 2002; EX, 25. November 2002 und SvD, 26. November 2002). Schließlich wird in allen vier Zeitungen auf die Rolle, die Bundeskanzler Wolfgang Schüssel beim Abstieg der FPÖ spielte, hingewiesen. Es wird dargelegt, dass es Schüssel gelungen sei, die FPÖ durch ihre Einbeziehung in die Regierung zu „zähmen“. In *Aftonbladet* vom 25. November 2002 findet sich das Argument, dass Schüssel die unterschiedlichen „FPÖ-Fraktionen geschickt gegeneinander ausspielte“, jedoch wird darauf hingewiesen, dass die ÖVP „viele der Ideen Haiders in der Flüchtlingspolitik übernommen“ und dadurch die „Sprengkraft der Frage entschärft“ habe –

„entschärft“ deshalb, denn, so *Aftonbladet*, als lediglich „indirekte“ (d.h. oppositionelle) „Einflussnehmer“ seien die „Rechtsextremisten“ noch einflussreicher als in der Regierung. Noch positiver fällt das Urteil von *Svenska Dagbladet* aus. So heißt es im Leitartikel vom 26. November 2002, dass Schüssel bewiesen habe, dass es möglich sei, „Populisten zu zähmen, ohne die demokratischen Prinzipien anzutasten“.

5. Schlussfolgerungen

In den Mediendiskursen der drei Länder lassen sich manche Ähnlichkeiten, vor allem aber Unterschiede feststellen. Zunächst fällt auf, dass in allen drei Ländern die starken Verluste der FPÖ bei den Nationalratswahlen 2002 und die anschließende Regierungsbildung auf deutlich weniger Medieninteresse gestoßen sind als die Ereignisse im Untersuchungszeitraum 1999/2000. Da die Erfolge der FPÖ in den untersuchten Ländern mit großer Skepsis, die deutlichen Verluste allerdings positiver bewertet werden, lässt sich dieser quantitative Unterschied mit der Annahme von Galtung und Ruge (1995) erklären, der zufolge über negative internationale Nachrichten häufiger als über positiv empfundene berichtet wird. Ein zweiter Punkt ist die Fokussierung auf Haider. In den untersuchten Mediendiskursen steht sowohl 1999/2000 als auch 2002/2003 die Person Jörg Haider und nicht die Freiheitliche Partei im Zentrum der Aufmerksamkeit. Eine dritte Ähnlichkeit besteht darin, dass es in allen untersuchten Medien Beiträge gibt, in denen die Ursache für den Aufstieg der FPÖ in der österreichischen Vergangenheitspolitik lokalisiert wird. Vor allem in Israel sind Argumente, die auf die „lügnerische Version der Geschichte“ in Österreich oder auf Österreichs ehemalige Lage im „Kern des Nazi-Reiches“ verweisen, von zentraler Bedeutung. Der Geschichtstopos wird auch durch die Bezeichnung von Jörg Haider beispielsweise als „Neo-Nazi“ oder als „geistiger Erbe Hitlers“ aufgerufen. Dabei wird auch mehrmals auf die Beständigkeit des Antisemitismus in Österreich verwiesen. In Frankreich wird Österreich ebenfalls eine

mangelhafte, teilweise vollständig fehlende Beschäftigung mit der Nazivergangenheit nachgesagt und dieses Defizit als Ursache für den Aufstieg der FPÖ angesehen. Schließlich wird auch in Schweden in der Charakterisierung Jörg Haiders bzw. in Versuchen, seinen Aufstieg zu erklären, häufig kritisch auf Österreichs Umgang mit der NS-Vergangenheit Bezug genommen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dieser Geschichtstopos in den drei Ländern auf unterschiedliche Weise gewichtet wird. Während er in Israel im dominanten partikularistischen Diskurs eine zentrale Rolle einnimmt, werden in Schweden in weitaus geringerem Ausmaß auf den Umgang mit der Geschichte fokussierte Argumente verwendet. Zwar finden sich auch hier kritische Verweise auf Österreichs Interpretation der NS-Vergangenheit, diese Argumente tauchen jedoch nur vereinzelt auf und sind meist in den Kontext der Darstellung Haiders als „Populisten“, „solariengebräunten“ „Yuppie“ oder „Vermarktungsprofi“ eingebettet. Durch diese Art der Darstellung wird eine zusätzliche Facette zur Charakterisierung Haiders als „einwandererfeindlichen“ „Rechtsextremisten“, dessen Eltern „überzeugte Nazis“ gewesen seien, präsentiert. Es wird somit in Schweden ein vielschichtiges Bild des damaligen FPÖ-Vorsitzenden gezeichnet.

Beim Vergleich der drei Mediendiskurse fallen weitere nationale Charakteristika auf: Ein Spezifikum des französischen Diskurses stellt die Bedeutung dar, die der Regierungsbeteiligung der FPÖ beigemessen wird. Die Gefahr der „Verhaiderung“ Europas, und hier vor allem Deutschlands, wird mehrfach zitiert. Die Entwicklungen in Österreich werden dadurch als negatives Beispiel dargestellt, von dem die Gefahr einer „Ansteckung“ anderer Staaten, auch von Frankreich, ausgeht. In den untersuchten schwedischen Medien kommt dieses Argument hingegen nicht vor. Es wird lediglich vereinzelt darauf hingewiesen, dass es auch in einer Reihe von anderen europäischen Staaten einen Aufschwung von rechtspopulistischen Parteien gegeben habe, ohne dass jedoch eine kausale Verknüpfung zwischen Österreich und anderen Ländern hergestellt wird.

In Frankreich werden die Entwicklungen in Österreich sehr stark vor der Folie des *Front National* betrachtet. Dabei kommt es häufig zu einer ideologischen Gleichsetzung der FPÖ mit dem FN als „rechtsextreme“ Partei. In Israel wiederum findet sich eine andere Art der „Domestizierung“ der Vorgänge in Österreich. Als „jüdischer Staat“ sei es die „Verpflichtung“ Israels, eine klare Reaktion auf die Causa Austria zu zeigen, die sich nicht damit begnügen dürfe, lediglich „Abscheu“ zum Ausdruck zu bringen. Die Vorgänge in Österreich werden derart im israelischen Mediendiskurs zu einer konkreten Handlungsaufforderung an den Staat. In Schweden schließlich fällt der starke Fokus auf demokratiepolitische Argumente auf. Dieser Demokratietopos wird vor allem durch Argumente realisiert, denen zufolge durch die langjährigen Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP die Einflussmöglichkeiten der österreichischen WählerInnen auf das politische Geschehen eingeschränkt worden seien. Auch die Kritik am österreichischen Proporz-System wird als implizit undemokratische „Korrumpierung des Machtsystems“ formuliert. In Frankreich finden sich ebenfalls derartige Argumente, allerdings in geringerem Ausmaß.

Beim Vergleich der beiden Untersuchungszeiträume ergibt sich eine Ähnlichkeit zwischen den israelischen und schwedischen Diskursen. Das geringe Medieninteresse in den Jahren 2002/2003 geht einher mit einer „mildernden“ Beurteilung der Person Jörg Haider. Bezeichnungen wie „Neo-Nazi“ finden sich selbst in israelischen Medien zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. In Frankreich wird die ursprüngliche Terminologie beibehalten. Der Schwerpunkt in der Berichterstattung liegt auf Begründungsversuchen für die elektoralen Verluste der FPÖ. Diese werden einerseits durch das strategische Vorgehen von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel begründet (Schweden, Frankreich), andererseits in der Person und Politik von Jörg Haider gesucht. Die Besuche bei Saddam Hussein (Frankreich, Israel, Schweden), Haiders nicht gehaltene Versprechen und seine dadurch verlorene Glaubwürdigkeit haben dazu geführt, dass „die Österreicher die Reden Haiders gegen Fremde und Einwanderer satt haben“ (Israel, Schweden).

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass die drei Diskurse, trotz mancher Ähnlichkeiten, eine Reihe von Unterschieden aufweisen. Selbst bei Aspekten, die auf den ersten Blick als Ähnlichkeiten erscheinen – wie etwa die Fokussierung auf die Person Jörg Haider oder Verweise auf den Umgang mit der österreichischen Geschichte –, ergibt die genauere Analyse, dass sich die Argumente und Bewertungen, die verwendet werden, um diese Themen zu realisieren, teils unterscheiden. Es zeigt sich, dass sich Unterschiede in den jeweiligen Geschichtsnarrativen, den innenpolitischen Gegebenheiten oder von politisch-ideologischen Narrativen auch in den Diskursen zu Jörg Haider und der FPÖ widerspiegeln.

ANMERKUNGEN

- * Die Autoren bedanken sich bei John Bunzl, Martin Gärtner, Gaëtane Morin, Alexander Pollak, Katharina Renner, Alexa Robertson, den MitarbeiterInnen des *Institut National de l'Audiovisuel* in Paris, sowie einer/einem anonymen GutachterIn.
- 1 Dieser Artikel basiert teilweise auf Datenmaterial, das für drei unveröffentlichte Diplomarbeiten gesammelt und für diesen Artikel neu ausgewertet wurde. Dabei handelt es sich um: Bärenreuter (2002), Hofer (2002) sowie Obermaier (2002). Das Datenmaterial für den Untersuchungszeitraum 2002/2003 wurde neu gesammelt.
- 2 Die schwedischen Originalzitate können unter <http://homepage.univie.ac.at/christoph.baerenreuter/oezp.doc> abgerufen werden. Dort befindet sich ein Verzeichnis sämtlicher französischer Radiosendungen, die untersucht wurden.
- 3 Übersetzung d.A.: „Terminologisches Problem: vor kurzem sagte man noch ‚liberale Partei‘, um von der FPÖ zu sprechen. Offensichtlich eine Fehlinterpretation. Jetzt sagt man ‚national-populistisch‘. Aber einst sagte man ‚populistisch‘ um Volkspartei zu übersetzen, das in der ÖVP steckt. Auf Französisch fehlt das Vokabular, um die österreichischen Realitäten wiederzugeben. Wie soll man etwas verstehen, was man nicht einmal ausdrücken kann“ (Le Rider 2001, 273f.).
- 4 Übersetzung d.A.: „Jean-Paul (Anrufer): ‚... die FPÖ versammelt viele Leute unterschiedlicher Herkunft. Man will sie dämonisieren. Also es ist wahr, dass es unter den Wählern der FPÖ echte Nazis, Nostalgiker des Nazismus gibt ...‘ Moderator (unterbricht Jean-Paul): ‚Ja, sie sprechen von der Partei von Jörg Haider.‘ Jean-Paul: ‚Von der Partei von Jörg Haider, ja ...‘“ (FI, 3. Februar 2000).

- 5 Alle Zitate wurden vom Autor vom Schwedischen ins Deutsche übersetzt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arian, Asher (1998). *The Second Republic. Politics in Israel*, New Jersey.
- Bärenreuter, Christoph (2002). "It goes without saying that the EU shall stand for democratic principles, but the very method [...] is dubious". *European Identity Construction in the Reporting of Swedish Newspapers on the Political Situation in Austria in the year 2000*, Diplomarbeit, Wien.
- Embacher, Helga/Margit Reiter (1998). *Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit*, Wien.
- Galtung, Johann/Mari Holmboe Ruge (1995). *The Structure of Foreign News: the presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crises in four Norwegian newspapers*, in: Alexa Robertson (Hg.): *Opinion, the Media and International Politics: a Reader*, Edsbruk, 249–279.
- Hofer, Stephan (2002). „Israel darf nicht schweigen.“ Eine Analyse der Reaktion der israelischen Außenpolitik auf die österreichische Regierungsbildung im Februar 2000, Diplomarbeit, Wien.
- La Documentation française* (Hg.) (1994). *Les chiffres-clés de la radio en France*, Paris.
- Le Rider*, Jacques (2001). *L'Autriche de M. Haider: Un journal de l'année 2000*, Paris.
- Luger-Dallinger, Karin (2000). „Dieses Land, das wir so liebend gerne hassen ...“. Österreich in der französischen Presse, Dissertation, Wien.
- Obermaier, Andreas J. (2002). Österreich zwischen Bedeutungslosigkeit und Überbedeutung. Zur Konstruktion Österreichs in der französischen Radioberichterstattung, Diplomarbeit, Wien.
- Pollak, Alexander (2003). *Die Konstruktion des Mythos von der sauberen Wehrmacht in der österreichischen Presse – von 1945 bis 1998*, Dissertation, Wien.
- Reisigl, Martin/Ruth Wodak (2001). *Discourse and Discrimination. Rhetorics of Racism and Antisemitism*, London/New York.
- Wodak, Ruth/Anton Pelinka (Hg.) (2002). *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick.
- Wodak, Ruth/Rudolf de Cillia/Martin Reisigl/Karin Liebhart/Klaus Hofstätter/Maria Kargl (1998). *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt am Main.

Wodak, Ruth/Peter Nowak/Johanna Pelikan/Helmut Gruber/Rudolf de Cillia/Richard Mitten (1990). „Wir sind alle unschuldige Täter“. *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main.

AUTOREN

Christoph BÄRENREUTER, geb. 1976, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Russisch in Wien und Stockholm. Seit 2000 freier Mitarbeiter am Forschungszentrum „Diskurs, Politik, Identität“ am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Wien. Derzeit DOC-Stipendiat der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und im 2. Halbjahr 2004 „Junior Visiting Fellow“ am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM). Forschungsschwerpunkte: Europäische Integration, Medien und Politik, kollektive Identitäten, Öffentlichkeitsforschung.

Kontakt: Liliengasse 1, 2230 Gänserndorf.
E-mail: christoph.baerenreuter@univie.ac.at

Stephan David HOFER, geb. 1976, studierte Politikwissenschaft, Ökonomie und Philosophie in Wien, Coleraine/Nordirland und Tel Aviv, von 2002–2004 Scholar am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Derzeit Mitarbeiter am Research Training Network (RTN) „Dynamics and Obstacles to European Governance“ am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft der TU München. Forschungsschwerpunkte: Sicherheitspolitik, Europäische Union, Internationale Beziehungen, Erinnerungspolitik.

Kontakt: TU München, Institut für Politikwissenschaft, Lothstraße 17, D-80335 München.
E-mail: stephan.hofer@pol.wi.tu-muenchen.de

Andreas Johann OBERMAIER, geb. 1976, studierte Politikwissenschaft und Geschichte in Wien und Paris, derzeit Fellow an der Graduate School of Social Sciences (GSSS), Bremen. Forschungsschwerpunkte: Europäische Integration, Europäischer Gerichtshof, Theorien des Wohlfahrtsstaates.

Kontakt: Universität Bremen GSSS, Wiener Straße/Ecke Celsiusstraße, D-28334 Bremen.
E-mail: andio@gss.uni-bremen.de